

*Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848-1867. Abt. II: Das Ministerium Schwarzenberg. Bd. 4: 14. Oktober 1850 - 30. Mai 1851. Bearb. und eingeleitet von Thomas Kletečka unter Mitarbeit von Anatol Schmied-Kowarzik.*

Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 2011, 577 S., ISBN 978-3-7001-6836-2.

Ein chronisches Budget-Defizit und ehrgeizige Machtpolitik schließen einander auch dort nicht aus, wo ein noch recht junger Monarch von einem erfahrenen älteren Politiker beraten wird. Das zeigt der jüngste Band der eindrucksvoll langen Reihe der Österreichischen Ministerratsprotokolle, der ein ereignisreiches halbes Jahr der Regierung des damals erst zwanzig Jahre alten Kaisers Franz Joseph dokumentiert. Ende 1850, Anfang 1851 konnte es so scheinen oder konnte man sich einreden, dass das Schlimmste überstanden und die Zeit gekommen sei, in die scheinbar bewährten Bahnen „vormärzlicher“ Politik zurückzulenken. Die Revolution in Wien und in Ungarn war besiegt, die preußische Deutschlandpolitik unsicher geworden, Russland auf der Seite Österreichs – und Frankreich und Großbritannien nicht auf der Gegenseite. Das konnte den Erfolg eines Gegenangriffs auch gegen den Rivalen Preußen möglich erscheinen lassen: eine Reform des Deutschen Bundes von 1815, die Österreichs Hegemonie verstärken und Rücksichten auf die andere deutsche Großmacht unnötig machen sollte: also Eintritt des ganzen Kaiserstaats statt bloß seiner „deutschen“ Westhälfte in den Bund, von dessen 70 Millionen Einwohnern 36, mehr als die Hälfte, eigene Untertanen waren und weitere Millionen in den deutschen Mittelstaaten Österreich schon deshalb freundlich gesinnt sein würden, weil sie sich gegen den scharfen Wind der preußischen Zollvereinspolitik schützen lassen wollten. Dem gegenüber stand Preußen mit nicht ganz 17 Millionen Einwohnern und einem König, der angesichts der Opposition nicht weniger preußischer Konservativer und der mittelstaatlichen Regierungen nur noch mit halbem Herzen den Plan unterstützte, einen „kleindeutschen“ Bundesstaat ohne Österreich zu gründen, die „Union“. Auch war das preußische Heer noch nicht so stark wie nach den Reformen der 1860er Jahre. Wenn diese Politik zu kriegerischen Auseinandersetzungen führte, durfte man also mit einem Sieg rechnen. Die in der Besprechung der Bände 1 bis 3 dieser Abteilung II (Bohemia 47, 2006/07, 483-485) angedeutete Lage des österreichischen Kaiserstaates mit seinem jungen Kaiser erschien also unverändert gut.

Das Budget-Defizit im Etat für 1851, das der Finanzminister am 20. Januar dem Ministerrat vorlegte, war allerdings erschreckend. Vorgesehenen Ausgaben von mehr

als 332 Millionen Gulden standen knapp 206 Millionen Einnahmen gegenüber, die fehlenden 126 Millionen machten also fast 38 Prozent aus. Auch war Österreichs Währung nach damaligen Begriffen zerrüttet, d. h. zu wenig durch Silber oder gar Gold gedeckt. In dieser Lage nicht nur keine in Wirksamkeit stehende Konstitution zu haben, sondern auch noch seine wenigstens einigermaßen „konstitutionelle“ Regierung durch einen „Reichsrat“ möglichst zu neutralisieren, war also recht problematisch. Aber eben dazu riet der Freiherr von Kübeck, inzwischen 70 Jahre alt und – gerade auch als vormärzlicher Finanzminister – offenbar erfahren, und der junge Kaiser folgte ihm. Wie Kübeck agierte, erfährt der Leser in der Einleitung des Bearbeiters naturgemäß deutlicher als in den Protokollen selbst, die vor diesem Hintergrund dennoch aufschlussreich genug sind. Waren die Minister selbst unsicher oder warum wehrten sie sich nicht stärker gegen eine tatsächliche Verfassungsänderung, mit der die Bewahrung des Vertrauens in den Kaiserstaat (also seines Kredits) gewiss nicht einfacher werden würde? Oder waren sie mit der Bewältigung ihrer alltäglichen Traktanden so sehr gefordert, dass sie einfach die Zeit und Kraft nicht erübrigen konnten, die sie zur Abwehr gebraucht hätten? Auch die nur wenigen Tagesordnungspunkte, in denen es irgendwie um die böhmischen Länder ging, zeigen, was das „Tagesgeschäft“ war: Vorbereitungen für den zu riskierenden Krieg um die Hegemonie über Deutschland, Eisenbahnen, Organisation von Gerichten, Milderung oder Bestätigung von Todesurteilen, Auszeichnungen, Schul- und Universitätsfragen und was sonst noch alles – für einen Kampf um die Aufrechterhaltung wenigstens des Maßes an „konstitutioneller Regierung“, das Österreich verblieben war, fehlten wohl einfach die Kapazitäten. Auch dieser Band der großen Edition, die sich sichtbar ihrem Abschluss nähert, lässt einen genaueren Blick in den Regierungsaltag zu, ohne „die große Politik“ unsichtbar zu machen; ihr ist ein zügiger und weiterhin guter Fortgang zu wünschen.